



## Illegale Migration: CDU/CSU fordert Kontrollen an EU-Binnengrenzen Merz fordert Begrenzung des Zuzugs

Zur Bekämpfung der illegalen Migration setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für temporäre Kontrollen an bestimmten EU-Binnengrenzen ein. Fraktionschef Friedrich Merz wies zum Auftakt der Sitzungswoche auf die stets steigende Zahl an Migranten hin. Die Bundesregierung forderte er auf, den Zuzug zu begrenzen.

Merz verteidigte den grenzfreien Schengen-Raum als hohes Gut, das besonders am 9. Mai, dem Europatag, zu würdigen sei. Die Union als Europapartei habe immer für offene Binnengrenzen gekämpft. Migrationszahlen in Höhe von rund 30.000 pro Monat zeigten aber, dass der Schutz der EU-Außengrenzen nicht hinreichend funktioniere. Deshalb bringt die CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag ein, in dem sie vorübergehende Binnenkontrollen nicht nur an der Grenze zu Österreich, sondern auch an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz fordert. „Ja, leider, Grenzkontrollen müssen sein, wenn wir das Problem nicht anders in den Griff bekommen“,

sagte Merz.

Die Hauptlast der illegalen Migration tragen die Kommunen. Zu lange musste man auf den jetzt gefundenen Kompromiss mit den Ländern warten. Vorher waren Gipfel mit der Bundesinnenministerin zu dem Thema gescheitert.

Die Kommunen seien an der Belastungsgrenze, nicht nur was die Unterbringung, sondern auch was die Versorgung angehe – etwa mit Kindertagesstätten und Schulen, sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt.

Die CDU/CSU-Fraktion hatte sich auf einem eigenen Gipfeltreffen mit Bürgermeistern und Landräten einen Eindruck von der zugespitzten Lage verschafft.

Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz nannte den Gipfel den „Migrationsgipfel der verpassten Chancen“. Die Ergebnisse blieben **Seite 2**

### Gespräch mit nachgeordneten Bundesbehörden des Bundeslandwirtschaftsminister

Auf Einladung von Josef Rief als Hauptberichterstatter im Haushaltsausschuss des Bundestages für das Budget des Bundeslandwirtschaftsministeriums trafen sich die Haushälter der Fraktionen mit den Präsidenten der nachgeordneten Bundesbehörden und Instituten des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Berlin. Die nachgeordneten Behörden sind u.a. für die Ausführung von Verwaltungsaufgaben, die Zulassung von Sorten und die Forschung für das Ministerium tätig. Dazu gehören folgende Behörden: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Bundessortenamt, Bundesinstitut für Risikobewertung, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Friedrich-Loeffler-Institut, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Julius Kühn-Institut und Max Rubner-Institut. ■



mit (v.l.) Präsident Elmar Pfülb vom Bundessortenamt und Präsident Prof. Dr. Pablo Steinberg vom Max-Rubner-Institut

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

weit hinter dem zurück, was in der aktuellen Krisensituation erforderlich gewesen wäre. Das sei frustrierend vor allem für die Kommunen, die die Hauptlast der ungesteuerten Asyl-Zuwanderung trügen und vielerorts längst am Limit seien. Die Vorschläge für eine dauerhafte Lösung der Finanzfrage lägen längst auf dem Tisch. Es sei völlig unverständlich, warum der Bundeskanzler hier auf Zeit spiele.

Der Bundeskanzler habe zudem die Chance für eine dringend notwendige Kehrtwende hin zu einer spürba-

ren Begrenzung der irregulären Migration verpasst. Die wenigen richtigen, aber viel zu späten Schritte würden kaum helfen. „Unsere Kommunen brauchen jetzt Sofort-Maßnahmen: Die bestehenden Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich müssen auf die Grenzen zu Polen, zu Tschechien und zur Schweiz ausgeweitet werden. Die Ampel muss die freiwilligen Aufnahmeprogramme sofort stoppen und neben Georgien und Moldau auch die Maghreb-Staaten umgehend zu sicheren Herkunftsstaaten erklären“, so Lindholz. ■

## Steuerschätzung enttäuschend – rd. 30 Mrd. Euro weniger jährliche Steuereinnahmen als erwartet – Aufstellung Bundeshaushalt verschoben

Josef Rief zeigt sich enttäuscht über die Ergebnisse der Steuerschätzung, die Bundesfinanzminister Christian Linder am Donnerstag vorgestellt hat. Demnach müssen Bund, Länder und Gemeinden mit jährlich rd. 30 Milliarden Euro weniger zurechtkommen, als bisher erwartet. Zudem kündigte Linder an, den für Ende Juni geplanten Termin zur Vorlage eines Haushaltsplanentwurfs für 2024 nicht einhalten zu können.

„Ich bin enttäuscht über diese Steuerschätzung. Sie zeigt ganz deutlich, dass die Bevölkerung und die Unternehmen durch die Politik der Ampel stark verunsichert sind und sich beim Geldausgeben zurückhalten. Ein aktuelles Beispiel ist das drohende Verbot für neue Öl- und Gasheizungen, bei dem jeder Wohneigentümer aber auch Mieter weiß, was das für ihn bedeuten kann. Unsicherheit ist Gift für Investitionsentscheidungen.

Wir Haushälter im Bundestag warten jetzt seit März auf die Eckwerte für die Haushaltsplanung für das kommende Jahr. Auf diese konnte sich die Koalition

bisher nicht einigen. Heute teilt Finanzminister Lindner mit, dass er auch den für Ende Juni terminierten Haushaltsplanentwurf nicht vorlegen wird bzw. auf unbestimmte Zeit verschiebt. Das ist kein gutes Zeichen. Schuldenbremse, weniger Steuereinnahmen und milliardenschwere Wunschträume passen nicht zusammen. Wir brauchen jetzt eine Haushaltskonsolidierung, um das Schuldenmachen, das inzwischen einen Rekordwert erreicht hat, endlich zu stoppen. Ohne einen Haushaltsentwurf zur Sommerpause ist ein geordnetes parlamentarisches Verfahren nicht möglich. Das wird auf die Länder und Kommunen bei deren Haushaltsaufstellungen voll durchschlagen“, befürchtet Rief.

„Es wäre eine Bankrotterklärung für die Ampel, Minister Lindner und auch Bundeskanzler Scholz persönlich, wenn wir durch Uneinigkeit der Ampel 2024 ohne beschlossenen Bundeshaushalt da stünden und zum Beispiel alle laufenden Bundesprogramme gestoppt werden müssten. Bisher hätte ich gedacht, dass die Ampel vier Jahre durchhält. Mittlerweile halte ich es für möglich, dass die Bundesregierung an der Haushaltsaufstellung für das kommende Jahr scheitert“, so Josef Rief. ■

## Filz im Wirtschaftsministerium: CDU/CSU fordert Entlassung von Staatssekretär Graichen

Filz und Vetternwirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium: In einer aktuellen Stunde des Bundestages hat die CDU/CSU-Fraktion Minister Robert Habeck aufgefordert, seinen Staatssekretär Patrick Graichen zu entlassen. Denn Graichen steht nicht nur im Mittelpunkt einer Personalaffäre, sondern hat auch eine Reihe von Gesetzen zu verantworten, die entweder handwerklich schlecht gemacht sind oder die Menschen überfordern – wie zuletzt das Gesetz zum Heizungstausch.

Habeck und Graichen mussten zuvor in den Bundes-

tagsausschüssen für Wirtschaft und Klimaschutz Rede und Antwort stehen. Der CDU-Abgeordnete Mario Czaja bedauerte in der aktuellen Stunde, dass Habeck nicht die Gelegenheit genutzt habe, reinen Tisch zu machen. Graichen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen – „das wäre die richtige Entscheidung gewesen“, sagte Czaja.

„Diese Clique“ im Wirtschaftsministerium, die familiär und freundschaftlich verbandelt ist, habe sich abgeschottet und schlage den Rat von Fachleuten in den Wind, warnte Czaja. Habeck sei der „Kopf dieses Netzwerkes“. Man erlebe geradezu eine „Reise in das Grüne Absurdistan“. ■